

05.03.2007

UN-Bericht zur Fischerei: Branche muss endlich umdenken

Fischereiabkommen in Frage stellen, Meeresschutzgebiete einrichten und Treibstoffsubventionen abschaffen

"Wie viele Warnungen braucht die internationale Fischereiwirtschaft eigentlich noch, um endlich umzudenken? Weniger Fischereiaufwand bringt den Fischern letztlich mehr Ertrag. Diese Einsicht müssten doch auch Fischereinationen wie Spanien und Japan begreifen!" So kommentierte die agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm, die erneute Bestätigung des bedenklichen Zustands der Welt-Fischbestände durch den neuen FAO-Bericht über den Zustand der Fischerei.

Behm weiter: "Besonders skandalös ist, dass Länder wie Spanien, Japan, Südkorea, Russland, Australien, Island und fünf weitere Nationen ihren Fischern Zeitungsberichten zufolge jedes Jahr 152 Mio. US-\$ an Subventionen für Treibstoff zahlen. Denn der immense Treibstoffverbrauch der Hochsee- und der Tiefseefischerei ist ihre Achillesferse. Sie ist auf billigen Treibstoff angewiesen, ansonsten wäre sie nicht rentabel. Diese Subventionen müssen sofort gestrichen werden.

Auch die europäischen Fischereipolitiker müssen endlich umdenken. So ist es kaum noch zu verantworten, dass die EU mit zahlreichen Entwicklungsländern Fischereiabkommen schließt. Diese führen nämlich – aller Nachhaltigkeitslyrik in den Abkommen zum Trotz – dazu, dass die übergroße EU-Fischereiflotte neben den europäischen Gewässern auch die afrikanischen Küstengewässer übernutzt. Dies ist nicht nur entwicklungspolitisch und ökologisch bedenklich, sondern liegt auch wirtschaftspolitisch nur vordergründig im europäischen Interesse. Denn auf Dauer lässt sich der Abbau der EU-Fischereiflotte so nicht verhindern.

Eine Chance für den Schutz der Fischbestände und der Weltmeere besteht darin, endlich die im Rahmen der Biodiversitätskonvention (CBD) beschlossene Einrichtung eines internationalen Meeresschutzgebietsnetzes voranzubringen. Da hierfür die Umweltminister und nicht die Agrar- und Fischereiminister dieser Welt zuständig sind, sollte es an diesem Punkt schneller Fortschritte geben können als bei internationalen Abkommen zur Beschränkung der Fischerei."